

Irina Semenikhina,

## **Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit während der Umsiedlung der Deutschen aus Litauen und der Nachumsiedlung aus Estland und Lettland 1941**

10. Januar 1941 – 741 Tage nach dem Anfang des zweiten Weltkrieges, fünf Monate nach dem Anschluss des Baltikums an die Sowjetunion. Deutsche und sowjetische Regierungen schließen in Moskau zwei Verträge über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus Litauen und die Nachumsiedlung der Deutschen aus Lettland und Estland ins Dritte Reich. Die deutsche Regierung wollte dadurch möglichst schnell neue Arbeitskräfte gewinnen, die sowjetische – das neue Territorium von den „feindlichen Elementen“ befreien. Viele Deutschbalten sahen in dieser Aktion die letzte Möglichkeit, Leib und Leben vor der Sowjetisierung zu retten. Die Umsiedlung war keine neue Erfahrung – weder für die baltischen Deutschen (im Herbst 1939 hatte der erste Abtransport der Volksdeutschen aus Lettland und Estland stattgefunden), noch für beiden Mächte (sie hatten bereits die Umsiedlungen aus Wolynien und Galizien zusammen durchgeführt); Organisation und Verlauf wurden abgestimmt und gewissermaßen „standardisiert“. Die Texte der beiden Abkommen waren fast identisch und sahen die gleichen Fristen vor, die meisten Historiker betonen jedoch die Unterschiede im Verlauf der Umsiedlung und Nachumsiedlung 1941. Im Weiteren soll versucht werden, diese beiden Aktionen unter dem wesentlichen Aspekt – der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit bei der Organisation und Durchführung – zu vergleichen.

Es wurden zwei gemischte deutsch-sowjetischen Umsiedlungskommissionen (erste für Litauen und zweite für Estland und Lettland) gebildet, jeweils mit den sowjetischen Hauptvertretern und deutschen Hauptbevollmächtigten an der Spitze. Jeder von ihnen hatte zwei Stellvertreter und ernannte Gebiets- und Ortsvertreter bzw. Bevollmächtigte, Sachverständige und Experte. Zu den Aufgaben dieser Kommissionen gehörten Registrierung der Umsiedlungswilligen, Feststellung ihrer deutschen Volkszugehörigkeit, Leitung des zweckmäßigen Aufbaus und planmäßigen Verlaufs der Umsiedlung.

In Litauen hatten die Gebiets- und Ortsvertreter bereits die Umsiedlungen aus Wolynien und Galizien mitgemacht: Sie hatten gute Arbeitserfahrungen. Solche Experten gab es auch in der Kommission in Lettland und Estland, sie spielten aber bei der Nachumsiedlung lediglich die Rolle von Beratern. Arvid von Nottbeck, der Sachverständige bei der deutschen Delegation in Reval, schrieb z. B., dass die Russen „in

den Dingen, die wir [die Deutschen] als Wirtschaft oder als Vermögen bezeichneten, eigentlich recht unbewandert“ waren<sup>1</sup>. Die Einstellung der sowjetischen Kommandomitglieder zu den deutschen Kollegen war auch unterschiedlich. Wenn die „Stimmung bei den Sowjets gegenüber dem deutschen Kommando fast überall sehr freundlich, entgegenkommend und auch hilfsbereit“ war (so der Hauptbevollmächtigte in Litauen SS-Untersturmführer Brückner)<sup>2</sup>, kam es in Lettland und Estland sofort zu Streitigkeiten wegen Staatssymbolik an den Registrierungsstellen. In Narva hat der sowjetische Vertreter politische Bilder angebracht, protestierte aber gegen deutsche Bilder und Fahnen. Der Ortsbevollmächtigte befahl, die sowjetischen Bilder zu entfernen. In Dorptau und Pernau weigerten sich die russischen Vertreter weiterzuarbeiten, solange die deutschen Symbole im Arbeitszimmer blieben<sup>3</sup>. Es gab auch andere Streitpunkte.

Wenn in Litauen beide Seiten „auf schnellstes Arbeitstempo“ drängten, wirkten sich die fehlende Arbeitserfahrungen bei dem sowjetischen Umsiedlungskommando negativ aufs Tempo der Registrierung in Estland und Lettland aus. Viele Ortsvertreter in Estland führten z. B. lange Telefongespräche zu jeder Frage<sup>4</sup>. Die Registrierung selbst war auch sehr zeitraubend und nahm bis zu anderthalb Stunden pro Familie in Anspruch: Einzelne Familien wurden von Tisch zu Tisch geschickt, wo sie jedes Mal die Urkunde der deutschen Volkszugehörigkeit vorlegten, und wenn sich deutsche und russische Seite einig waren, wurden die Familiennamen in die Liste eingetragen. Danach bekamen die Umsiedler die Ausweise mit einer bestimmten Nummer. Viele Umsiedlungswillige mussten noch zusätzliche Dokumente von öffentlichen Dienststellen oder Miliz holen. Dazu sollten die Umsiedler noch die sogenannte „Spravka“ – ein sowjetischer Fragebogen – ausfüllen. Die deutsche Seite hielt diesen Fragebogen für vertragswidrig und bestand auf ihrer Aufhebung, weil die Daten über die Familienmitglieder und Verwandten der Umsiedler vom Innenministerium der UdSSR (NKWD = Narodny kommissariat wnutrennich del) missbraucht werden konnten. Die deutschen Kommissionsmitglieder waren der Meinung, dass die Sowjets das Arbeitstempo absichtlich bremsten und die Ortsvertreter sogar besondere Vorschriften diesbezüglich vom Gebietsstab oder anderen Stellen bekamen. Davon zeugten die langen inhaltslosen Gespräche zwischen den russischen Delegationsmitgliedern oder die Telefongespräche von Ortsvertretern in Dorptau, wenn sie

---

1 DSHI 140 Balt 491, 34 Bl. 19

2 BA R 59/252 Ber № 1. Fol. 26

3 BA R 59/234 Fol. 13-16

4 BA R 59/234 Fol. 46

sich für die zu schnelle Arbeit entschuldigten<sup>5</sup>. Diese Vermutung bestätigt auch die Tatsache, dass die Registrierung trotz der reichen Erfahrungen, die alle Delegationsmitglieder mit dieser Arbeit bereits gesammelt hatten, bis zum Ende relativ langsam verlief.

Niedriges Arbeitstempo und Sabotagefälle seitens sowjetischer Delegationsmitglieder waren nur die ersten Schwierigkeiten bei der Registrierung in allen drei Ländern. Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit wurde auch durch die Haltung der an der Aktion beteiligten sowjetischen Behörden erschwert, die oft vertragswidrig und allein im Interesse der russischen Seiten handelten. Sogar die von der sowjetischen Delegation gegebenen Weisungen wurden von den untergeordneten Dienststellen sehr langsam durchgeführt, manchmal sogar nicht akzeptiert. Die Staatsarchive in Reval und Riga weigerten sich lange Zeit die Auszüge aus Kirchenbüchern an Umsiedler auszuhändigen oder ließen in den Dokumenten die Angabe der Nationalität absichtlich weg<sup>6</sup>. Viele Kommandanten weigerten sich, den im Heeresdienst befindlichen Volksdeutschen den Urlaub für die Registrierung zu gewähren. In einzelnen Fällen führte das zur Desertion. Von einem volksdeutscher Militärarzt in Wolmar ist bekannt, dass er Selbstmord beging<sup>7</sup>.

Eine ganz besondere Geschichte war die Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit. In Estland und Lettland wurden die Urkunden des Deutschtums und die kirchlichen Dokumente seitens der Sowjetvertreter unterschiedlich bewertet – z. B. lehnte der Ortsvertreter in Narva alle Nachweise außer der Eintragung der deutschen Nationalität im estnischen Pass ab. Von anderen wurden die Konfirmationsscheine deutscher Gemeinden als Beweis der Volkszugehörigkeit anerkannt, die behördlichen Papiere hingegen nicht. Bei der Beurteilung der konfessionellen Zeugnisse ergaben sich aber auch Schwierigkeiten, weil einige Kirchenbehörden sie ohne dokumentarische Unterlagen ausstellten. Pastor Grass hat in Libau beispielsweise ungefähr 200 Zeugnisse und Urkunden hergestellt und verkauft, ohne dafür Kirchenbücher zu konsultieren, weil diese schon nach Deutschland geschickt worden waren. Diese Urkunden wurden von ihm nicht nur Volksdeutschen, sondern auch Letten und Polen verkauft<sup>8</sup>. Die Sowjetvertreter lehnten dadurch manche kirchliche Dokumente als Beweis der deutschen Volksangehörigkeit ab. Die Zweifelsfälle gingen oft durch alle Instanzen bis zum

---

5 BA R 59/234 Fol. 15

6 Diktierte Option: die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939-1941: Dokumentation [Hrsg. D.A. Loeber] Softcover, K. Wachholtz, 1972. S. 316

7 Diktierte Option... S. 317

8 BA R59 234 Fol. 12

Hauptbevollmächtigten bzw. Hauptvertreter und wurden oft sogar an die deutsche Botschaft in Moskau und an das sowjetische Außenkommissariat weitergegeben.

Zudem muss betont werden, dass die sowjetischen Kommissionsmitglieder den deutschen auch oft entgegenkamen. Manchmal gelang es deutschen Mitarbeitern „mit ein paar Scherzworten die Russen“ zu beeinflussen, die Menschen ausreisen zu lassen<sup>9</sup>. Es gelang manchmal, die Ortsvertreter mit der „Kraft der Stimme und der Redegewalt“ die Ortsvertreter zu überzeugen, dass es um rein deutsche Umsiedlungswillige ginge<sup>10</sup>.

Aber viel häufiger versuchte man von deutscher Seite, mit verschiedenen Tricks und Täuschungsmanövern die Leute zur Umsiedlung zu gewinnen. Deutsche Kommandanten halfen den Umsiedlungswilligen mit verfälschten Dokumenten und Beweisen zur deutschen Abstammung, sie fügten neue Namen nachträglich ins Kataster der Deutschen Kulturverwaltung ein usw. Es sind auch Fälle bekannt, in denen Personen, die zur Umsiedlung nicht zugelassen worden waren, im Gepäck transportiert wurden. Familiensilber und andere wertvolle Sachen der Umsiedler wurden per Kuriergepäck nach Deutschland mitgebracht<sup>11</sup>.

In Litauen waren die Schwierigkeiten bei der Registrierung der Umsiedlungswilligen erheblich geringer, als von der deutschen Delegation erwartet worden war. Der Registrierungsvorgang lief aber auch hier im Vergleich zu den früheren Umsiedlungen erheblich langsamer ab: nicht wegen sowjetischer Gegenwirkung, sondern wegen der hohen Zahl der Mischehen. Nach langen Verhandlungen mit dem Hauptvertreter gelang es sogar dem deutschen Hauptbevollmächtigten eine Vereinbarung zu erreichen und die evangelische Konfession als Beweis für die deutsche Volkszugehörigkeit anzuerkennen<sup>12</sup>. Die Ortsvertreter nahmen nicht immer den gleichen Standpunkt ein.

Diese Unterschiede im Verlauf der Registrierung lassen sich einfach erklären. In Lettland und Estland lag das sowjetische Interesse daran, möglichst viele Arbeitskräfte im Land zu lassen. In Litauen hatten die sowjetischen Behörden die Ansiedlung der nicht-deutschen Bevölkerung aus dem Memel- und Suwalki-Gebiet vor Augen, wofür sie viele Wohnplätze gebraucht hatten.

Im Unterschied zur Registrierung der Umsiedler war die Vermögensfrage in allen drei Ländern ein brennender Streitpunkt im deutsch-sowjetischen Verhältnis. In Estland war die Situation um die Übergabe des Vermögens der Umsiedler an sowjetische

---

9 DSHI 140 Balt 491, 34 Bl. 19-20

10 DSHI 140 Balt 491, 47 Bl. 12

11 DSHI 140 Balt 491, 26 Bl. 9-10

Behörden besonders schwierig. Die deutschen Bevollmächtigten haben festgestellt, dass „die Übergriffe der örtlichen Sowjets ... nicht nur auf Initiative einzelner Beamten oder Behörden, sondern in vielen Städten ... auf höhere Weise“ erfolgten. Die Übernahmenkommissionen versuchten, den Umsiedlern „alles Wertvolle abzujagen“<sup>13</sup>. Die „allmählich normalen Zustände“ sind z. B. in Reval nur nach wiederholten scharfen Verweisen von Major Monachin, dem Gebietsvertreter in Estland, erreicht worden. In Lettland lag das Hauptproblem in ca. 200 Fällen an der Beschlagnahmung der fahrenden Habe der Umsiedler, die private oder staatliche Schulden hatten. Hierbei musste sogar die sowjetische Delegation einen gewissen Widerstand seitens der Lettischen Finanzbehörde überwinden<sup>14</sup>. In Litauen wurde auch von sowjetischer Seite versucht, die Frage der Schulden der Umsiedler, die diese dem sowjetischen Staat und privaten Gläubigern gegenüber hatten, zu lösen, indem die Mitnahme der zur Ausfuhr erlaubten Vermögenswerte eingeschränkt wurden. Hierfür war jedes Mittel (Beschlagnahmungen, Drohungen, Verhaftungen usw.) recht. Die sowjetischen Experten kannten nur zu gut die Mittel und Methoden, mit denen die deutsche Seite bei bisherigen Umsiedlungen, manchmal sogar gegen vertragliche Abmachungen, gearbeitet hatte<sup>15</sup>.

Die Hauptschwierigkeiten ergaben sich in Litauen bei der Ausfuhr des Viehs. Wegen des Tausches, Verkaufs und Wiederverkaufs von Vieh und Pferden war rund ein Drittel des deutschen Viehbestandes nach dem 1. Juli 1940 verändert worden. Nach dem Vertrag durfte nur das Vieh ausgeführt werden, das dem Umsiedler vor dem 1. Juli 1940 gehörte. So wurde der Viehtransport oft durch Beschlagnahmungen verhindert. Das zum Abtransport vorgesehene Vieh konnte auch von sowjetischen Stellen als Zuchtvieh erklärt werden, dann war dessen Ausfuhr vertraglich nicht erlaubt. Ein weiteres großes Problem war die Mitnahme von hausgemachtem Schinken. Fast 100 Prozent vom hochwertigen Schinken wurden den Umsiedler von den Zollbeamten abgenommen, weil die sowjetische Seite diese Produkte als Fett betrachtete. Laut dem Vertrag durften die Umsiedler nur bis zwei Kilogramm Fett mitnehmen. Die deutsche Seite hat dagegen heftig protestiert. Infolgedessen wurde der Umsiedlungsprozess in Litauen komplett abgebrochen, bis die beiden Seiten einen Kompromiss geschlossen haben<sup>16</sup>.

Die Konfrontation zwischen sowjetischen und deutschen Umsiedlungskommissionen hat sowohl in Litauen als auch in Estland und Lettland zu

---

12 BA R 59/252 Ber № 1. Fol. 26-27

13 Diktierte Option... S.319

14 Ibid. S. 320

15 BA R 59/252 Ber. № 4. Fol.36

16 BA R 59/252 Ber. № 5. Fol.40

demonstrativen Abbrüchen des Umsiedlungsprozesses geführt. Während in Litauen dem Abbruch der sogenannte „Wurstkrieg“ zugrunde lag, wurde der Abbruch in Lettland und Estland von zahlreichen Problemen bei der Registrierung der Umsiedlungswilligen verursacht. In beiden Fällen war die sowjetische Seite gezwungen, Zugeständnisse zu machen.

Der Abtransport war der einzige Bereich, in dem keine Schwierigkeiten von sowjetischer Seite auftauchten. Und nicht nur in Litauen. Konsul Eckert schrieb nach Berlin über die „tüchtigen, fleißigen und entgegenkommenden“ Transportverständigen, die „schwierig zu gestaltenden Verkehrsprobleme“ meistern<sup>17</sup>.

Eine Besonderheit der Umsiedlung und Nachumsiedlung 1941 war der ständige Druck der sowjetischen Behörden auf die Bevölkerung Estlands und Lettlands, der in Reval die Form des Terrors annahm. Im Laufe weniger Wochen wurden von NKWD etwa 80 Volksdeutsche verhaftet. Viele andere wurden stundenlang verhört. Dutzende von ihnen versuchte man, für Spionagezwecke in Deutschland zu gewinnen. Unter diesem Terror litten nicht nur die Umsiedler. Dem deutschen Umsiedlungskommando in Reval wurden alle Autos entzogen. Die Miliz versuchte auch die Nummernschilder der Autos, die sich auf dem Gesandtschaftsgelände befanden, abzumontieren. Das Auto vom Dr. Weiss, dem Gebietsbevollmächtigten in Estland, wurde von zwei Zivilisten, vermutlich NKWD-Agenten, überfallen, die die deutschen Fahnen abrissen<sup>18</sup>.

Der deutsche Hauptbevollmächtigte Radunski und Konsul Eckert haben wiederholt dagegen protestiert. Infolgedessen haben die Verhaftungen der Deutschbalten schließlich aufgehört. Dazu wurde der sowjetische Hauptvertreter Mossolow, selbst ein NKWD-Mann, seines Posten enthoben. Sein Nachfolger Sinizin, der Erfahrungen aus der Wolhynien-Umsiedlung mitbrachte, wurde von Konsul Eckert als „erfreulicher und verständiger“ Mann charakterisiert<sup>19</sup>.

In Litauen war die Zahl der Verhafteten auch relativ hoch: 50 bis 60 Menschen. Die Überwachung der Mitglieder der deutschen Umsiedlungskommandos durch das NKWD wurde hier anders als in Estland und Lettland wahrgenommen. Der Hauptbevollmächtigte Brückner schätzte sie als umfangreich ein, aber abgesehen von „kleineren örtlichen

---

17 Diktierte Option... S.322

18 DSHI 140 Balt 491, 34, Bl. 20

19 Diktierte Option... S.318

Schwierigkeiten“ waren diese in keiner Weise „in der Bewegungsfreiheit und in der Arbeit des Kommandos“ behindernd<sup>20</sup>.

Erfolg oder Rückschlag der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit hing nicht zuletzt von den Persönlichkeiten der höheren sowjetischen Vertreter ab. Die Stelle des Hauptvertreters in Estland und Lettland nahmen zuerst Mossolov, später Oberst Sinizin ein; der Gebietsvertreter für Lettland war Mayor Antonov, für Estland – Major Monachtin. Alle waren Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes. Der sowjetische Hauptvertreter in Litauen war Generalleutnant Scharok. Als „besonders unrühmlich und unerfreulich“ schilderte Konsul Eckert die Rolle des Gebietsvertreters in Estland Major Monachtin, bei dem „sich geistige Beschränktheit mit großer Aktivität gefährlich paaren“<sup>21</sup>. Nur wiederholtes Eingreifen der Sowjetdelegation und des Hauptvertreters haben die Durchführung der Registrierung in Estland ermöglicht, weil Monachtin sowohl die Vertragsregeln als auch die Meinung deutscher Kollegen missachtete, was zum Scheitern der Verhandlungen führte. Hauptvertreter Mossolov konnte und wollte gegen die Willkür der unteren Stellen nichts unternehmen. Oberst Sinizin dagegen wurde in Erinnerungen von Mitgliedern der deutschen Delegation als Mann erwähnt, der die „Beseitigung der Schwierigkeiten und Herstellung einer reibungslosen Zusammenarbeit“ anstrebte<sup>22</sup>. Einen besonders guten Ruf hatte der sowjetische Hauptvertreter Scharok in Litauen, der mit großer Ruhe und eigener Überlegung an alle Fragen herantrat und „absolut vertragstreu eingestellt“<sup>23</sup> war. Im Gegensatz zu früheren Umsiedlungen besaß der sowjetische Hauptvertreter Scharok als NKWD-Generalleutnant und Leiter der litauischen NKWD umfassende Vollmacht in der Republik. Dies hatte für seine deutschen Kollegen den Vorteil, dass alle auffallenden Fragen unmittelbar mit ihm besprochen werden konnten und auch von ihm entschieden wurden. Es bedeutete aber gleichzeitig, dass er über den gesamten Verwaltungsapparat in der Litauischen SSR verfügte.

Es stellt sich nun die Frage, warum es bei den gegensätzlichen Einstellungen der Hauptvertreter in Litauen fast zu den gleichen Vertragsbrüchen und Schwierigkeiten, vor allem in Vermögensfragen kam? Scharok erklärte die Schwierigkeiten dadurch, dass „die unteren sowjetischen Behörden über die vertraglichen Bestimmungen „leider“ nicht genügend unterrichtet waren“ und „sagte dabei, die Herausgabe von Anweisungen an alle

---

20 R 59/252 Ber. № 2. Fol. 30

21 Diktierte Option... S.318

22 DSHI 140 Balt 491, 26, Bl. 3

23 BA R 59/252 Ber. № 4. Fol.37

sowjetischen Behörden zu<sup>24</sup>. Aber die sowjetischen Stellen begingen, trotz allen Anweisungen, bis zum Ende der Umsiedlung Vertragsbrüche im großen Ausmaße. Scharok verfügte über zahlreiche Mittel, um diese zu verhindern. Er tat es nicht, sodass man in diesem Fall davon ausgehen muss, dass es zu einer bestimmten Taktik gehörte. Das Hauptprinzip dieser Taktik wurde vom Hauptbevollmächtigten Brückner formuliert: „Vertragstreue oben, aber laufende Vertragsbrüche unten, in der Hoffnung, dass nicht alle Fälle bekannt und bearbeitet werden können und dann die vollendeten Tatsachen zu Nutzen der UdSSR ausfallen werden“<sup>25</sup>.

Man kann mit guten Gründen behaupten, dass die Ernennung der Haupt- und Gebietsvertreter nicht zufällig war. Niedriges Arbeitstempo, Beschlagnahmungen und Bedrohungen in Estland und Lettland entsprachen dem sowjetischen Ziel, möglichst viele Menschen und wertvolles Vermögen im Baltikum zu behalten. Deutschland legte großen Wert auf die schnelle Abfuhr der Nachumsiedler und ihres Gutes, sodass es kaum Chancen gab, die Vertragsbrüche mit Repressalien zu verfolgen. Die Vereitelung der Nachumsiedlung durch die deutsche Regierung war unwahrscheinlich.

Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen wurde gleichzeitig mit der Umsiedlung der nicht-deutschen Bevölkerung aus dem Memel- und Suwalkigebiet durchgeführt. Die Konflikte mit dem deutschen Umsiedlungskommando konnten die Arbeit der sowjetischen Kommission vor Ort erschweren. Es schien sehr unwahrscheinlich zu sein, dass die deutsche Regierung die Umsiedlung aus Memel und Suwalkigebiet abbrechen würde. Aus rassenideologischen Gründen bemühten sich die Deutschen, möglichst viele „fremdstämmige“ Personen auszusiedeln, sodass sogar staatspolizistischer Druck als Option galt. Die sowjetische Regierung hatte die Entscheidung getroffen, jene in die Kommission zu berufen, die bereits bei den beiden Umsiedlungen aus Wolynien und Galizien viel gelernt hatten und sich nicht so leicht überfahren lassen konnten. Andererseits wurde jener Mann als Hauptvertreter ernannt, der in der Lage war, mögliche Konflikte zu meistern. Scheinbare Vertragstreue, Kooperationsbereitschaft und die gleiche Vorgehensweise war wie in Estland und Lettland vorhanden.

Abschließend gilt es festzuhalten, dass der Hauptfaktor, der bei den Unterschieden in der Durchführung der Umsiedlung der Deutschen aus Litauen und der Nachumsiedlung aus Estland und Lettland 1941 ins Gewicht fällt, die Umsiedlung der Russen, Weißrussen und Litauer aus dem Memel- und Suwalkigebiet war. Andere Faktoren, wie z. B. die jeweilige

Persönlichkeit der sowjetischen Vertretern, spielten eine untergeordnete Rolle. Konsul Eckert stellte die Zusammenarbeit mit den Russen als „ständiger zermürender Kampf“ dar, der darin bestand, „der Gegenseite immer wieder im Kleinkrieg Konzessionen abzugaunern“<sup>26</sup>.